

**Globalisierung und die EU als „safe haven“ –
ordnungspolitische Anmerkungen und Einführung zum Kongress**

Innsbruck, 6. – 8. Juni 2001

Hanns Martin Schleyer-Stiftung – Ehlerding Stiftung

Vortrag (Kurzfassung)

Joachim Starbatty, Universität Tübingen

1. Leon Brittan und Kurt Biedenkopf haben mit ihren Überlegungen zum Thema – „Warum noch Europa im Zeichen der Globalisierung?“ – diesen Vortrag angeregt. Für beide gibt es keinen Weg zurück aus der Globalisierung. Um das Beste aus der Globalisierung machen zu können, brauche man aber ein gewisses Maß internationaler Entscheidungsfindung – so Leon Brittan (2001, S. 9). Für die Staaten in Europa sei die Europäische Union (EU) dafür besser geeignet als einzeln agierende Mitgliedstaaten: „Um ... die Konkurrenzfähigkeit der Europäischen Wirtschaft zu verbessern angesichts der Herausforderung der Globalisierung – brauchen wir die EU mehr als je zuvor“ (2001, S. 9). Das Hauptopfer der Globalisierung ist seiner Meinung nach nicht der normale Bürger, sondern eher seien es die Regierungen und demokratischen Institutionen, weil sie nicht mehr wie in der Vergangenheit die Möglichkeit hätten, ihre eigenen Volkswirtschaften zugunsten ihrer Wählerschaft zu kontrollieren. „Einfach gesagt, die Globalisierung scheint die nationale Souveränität zu untergraben“. So wieder Leon Brittan (S. 12). Ähnlich auch Kurt Biedenkopf: „Nationalökonomie ist nicht mehr national, und nationale Ordnungspolitik scheitert daran, daß sich eine international organisierte Wirtschaft dem nationalen Zugriff weitgehend entziehen kann“ (2001, S. 21).

Wenn beide Autoren so verstanden werden können, daß die Globalisierung nationale Autonomie untergrabe und daß die Europäische Union nationale Kompetenzen in einem supranationalen Verbund bewahre, könnte man die EU als einen „sicheren Hafen“ für sonst bedrohte Nationalstaaten ansehen. Wir wollen überblicksartig prüfen, worin das Bedrohliche der Globalisierung zu sehen ist, ob Globalisierung tatsächlich nationale Kompetenz unterhöhlt und was das für den einzelnen Bürger bedeutet. Weiter ist zu prüfen, ob die Nationalstaaten sich in einer EU das notwendige Maß an Kompetenz bewahren können, um

als Nationalstaaten die eigene Volkswirtschaft zugunsten ihrer Wählerschaft zu kontrollieren.

2. Zentrales Element der Globalisierung ist der Freihandel. Wir können Globalisierung als Kombination von Freihandel und modernen Informationstechnologien betrachten. Als Konsequenz des die Welt durchdringenden Internets werden Datenmengen in Sekundenbruchteilen um die Welt geschickt und damit auch Kapitalbewegungen, die Zinsniveaudifferenzen ohne Zeitverzug nutzen; Informationen über Preis und Qualität von Waren und Dienstleistungen aus aller Welt können überall und zu gleicher Zeit über das Internet abgerufen werden. Die Mauern, hinter denen bislang einzelne Produzenten und damit auch Arbeitskräfte Schutz fanden, fallen. Im Prinzip ist also die Globalisierung mit einem hohen Maß an Transparenz und Wettbewerbsintensität verbunden.

Es ist eine der unbestrittenen Wahrheiten der Wirtschaftswissenschaft, daß der ungehinderte Tausch und die darauf aufbauende Arbeitsteilung die Wohlfahrt der Tauschpartner steigert und über die Spezialisierung auch die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt. Wenn diese Erkenntnis für eine einzelne Volkswirtschaft richtig ist, dann gilt sie auch darüber hinaus; nationalstaatliche Grenzen können als künstliche Barrieren bei der Suche nach dem besten Tauschpartner betrachtet werden.

Wenn dies so ist, wieso sind dann Proteste gegen den Freihandel und gegen die Globalisierung so populär? Otmar Issing wundert sich nicht darüber. Nach dem Fall der Mauer und des eisernen Vorhangs biete die Globalisierung für viele Intellektuelle eine neue willkommene Gelegenheit, die Kritik der Marktwirtschaft auf die sozusagen höhere Ebene der Weltperspektive zu transponieren (2001, S. 15). Da die Wohlstandsmehrung über Globalisierung nur im ständigen Suchen nach besseren Lösungen zu erreichen sei, würden in diesem Prozeß laufend alte Strukturen zerstört, das Neue aus der Warte des globalen Marktes Überlegene verdränge das gestern noch Gute.

Wenn dieses Neue nicht aus der Mitte der eigenen Volkswirtschaft komme, sondern von Südostasien, USA oder Japan, dann geraten die wohlfahrtsschaffenden Aspekte aus dem Blick. Zurück und im Gedächtnis bleiben das niederkonkurrierte Produkt, die damit verbundene Betriebsschließung und die arbeitslos gewordenen Nachbarn oder Vereinskame-

raden. Man muß verstehen, daß sich Menschen solchen Prozessen schutzlos ausgesetzt fühlen.

Es sind Vorgänge, die sie selbst nicht übersehen können und die ihnen deswegen Angst machen. Die mit der Globalisierung verbundenen und sie treibenden modernen Informationstechnologien fördern das Gefühl des Ausgesetztseins. Politiker können sich deshalb im Einklang mit der Bevölkerung fühlen, wenn sie unter das Dach der EU schlüpfen, um gegen die Unbillen und Fährnisse der Globalisierung geschützt zu sein.

3. Wenn Biedenkopf sagt, daß Nationalökonomie nicht mehr national sei und nationale Ordnungspolitik daran scheitere, daß sich eine international organisierte Wirtschaft dem nationalen Zugriff weitgehend entziehen könne, meint er nicht, daß die Gesetze der Nationalökonomie nicht mehr gelten würden, sondern daß nationale Ordnungspolitik bei Globalisierung nicht mehr generell durchgesetzt werden könne. Weil Akteure, Kapital und Industrieunternehmen abwandern können, schwächt die Globalisierung „die Monopolstellung, über die der Regelssetzer verfügt“ (Lusser 1996, S. 187). Ob dies ein Nachteil für die Bürger ist, hängt von der Einschätzung der Wirkungen staatlicher Tätigkeit ab. Man könnte zwischen einer kontinentalen und einer britischen Denktradition unterscheiden:
 - Die kontinentale Denktradition neigt dazu, im Staat / in der Regierung den „pater familias“ zu sehen, der die Bürger vor den Fährnissen der Welt, insbesondere der Globalisierung, schützen will. Wenn ein durchaus dem konservativen Lager zuzurechnender Landesvater konstatiert, daß die Globalisierung gebremst werden müsse, wenn so die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft unterminiert werde, dann drückt dies einen Standpunkt aus, den wir der „pater familias“-Perspektive zuzuordnen haben.
 - Die britische Denktradition geht davon aus, daß Politiker / Verwaltungsleute, wenn sie denken, zuerst einmal an sich selbst denken. Aus dieser Perspektive ist es zu begrüßen, daß die Globalisierung staatliche Eingriffe beschränke; zwar könne der Staat so behindert werden, etwas Gutes zu tun, wichtiger sei aber doch, daß er so gehindert werde, Schlechtes zu tun.

Wenn wir zu recht davon ausgehen, daß Globalisierung für Regierungen den Verlust der Monopolstellung bedeutet, so muß das nicht Untätigkeit heißen. Aus der Marktformentheorie wissen wir, daß nach Wegfall des monopolistischen Preis- oder auch Ausbeu-

tungsspielraums die Produzenten zu vermehrter Aktivität gezwungen werden, um ihre Kunden nicht an die Konkurrenz zu verlieren. Insofern könnte man die These vertreten, daß der Wechsel der Marktform Regierungen dazu zwingt, sich stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung insgesamt und weniger an den Klientelinteressen treuer Wählerschichten zu orientieren. Daher korrigieren liberale Ökonomen – so auf dem fünften wirtschaftspolitischen Symposium der Herbert-Giersch-Stiftung – die Vermutung von der Ohnmacht nationaler Wirtschaftspolitik. Globalisierung unterminiere nicht das Primat nationaler Wirtschaftspolitik, sondern lege deren Fehler rascher offen. Das lange pathologische Lernen mancher Länder, wie man es aus früheren Zeiten kenne, sei – zum Glück – heute nicht mehr möglich.

Ob diese Vermutung in dieser Eindeutigkeit tatsächlich zutrifft, ist zu bezweifeln. In allen internationalen Stellungnahmen wird die Rigidität der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union kritisiert. Verkrustete Arbeitsmärkte gelten als schwere Hypothek für die Beschäftigung. In den Kernländern der Währungsunion – Frankreich, Italien, Deutschland – werden die Probleme des Arbeitsmarktes nicht nach marktwirtschaftlicher Manier, sondern à la Malthus angegangen: Es gibt dauerhaft zu wenig Arbeit, also müssen wir das wenige, das wir haben, gerecht verteilen. Das verträgt sich zwar nicht – besonders nicht in Deutschland – mit der Auffassung, daß die Zuwanderung von Arbeitskräften erforderlich sei, um Engpässe zu vermeiden, aber die Arbeitsmarktpolitik ist weiter an der Haltbarmachung sozialer Netze und staatlichen Interventionen orientiert. Stichworte müssen genügen: Einführung der Sozialpflichtigkeit geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, Wiedereinführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Scheinselbständigkeit, Arbeitszeitregelung, Kündigungsschutz auch für Kleinbetriebe, Beschäftigungsbrücke sowie die geplante Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Offensichtlich gilt die Vermutung verkürzten pathologischen Lernens nicht für die Staaten, die glauben, sich auf Grund ihrer ökonomischen Stellung und ihres politischen Einflusses den Zwängen der Globalisierung entziehen zu können. Die langfristige Konstanz der Quoten, die über das Ausmaß von Staatstätigkeit und Abgabenlast informieren, scheint das zu bestätigen. Ein weiteres interessantes Phänomen taucht hier auf. Haben sich Länder auf Grund des Globalisierungsdrucks – wie Großbritannien und Irland – zu einem ordnungspolitischen Wandel durchgerungen, dann bringt das Früchte in Form niedriger Arbeitslosigkeit und allgemeinen Wohlfahrtszuwachses.

Gerade bei Globalisierung – das hat uns ein merkantilistischer Ratgeber (Johann Joachim Becher, vor mehr als 300 Jahren (1688) gelehrt – zahlt sich gute Ordnungspolitik aus: „Gute Ordnung hat an den unfruchtbarsten Orthen die reichste Stätt gepflanzt/und was ist Venedig/Ambsterdam/Stockholm/ und noch viel andere Stätte selbsten anfangs anders gewesen/als deserte, wüste übelgelegene Oerther/ und anfangs schlechte Fischer-Wohnungen/gleichwol seynd sie durch gute Ordnung/ und Regiment ihrer Obrigkeit nun soweit kommen/ daß sie andern das nachsehen lassen“ (S. 222).

Es wäre allerdings unredlich, wenn wir glauben machten, daß eine Ordnungspolitik, die soziale Systeme effizienter und dauerhafter macht, kostenfrei zu haben wäre. Ein ordnungspolitischer Wandel würde – zumindest vorübergehend – mit Leistungsabstrichen und Ungleichheiten verbunden sein. Biedenkopf hat in seinem Innsbrucker Vortrag 1998 die Voraussetzungen für einen solchen ordnungspolitischen Wandel genannt: „Die Bereitschaft zu Ungleichheiten und damit auch zum Ertragen von differenzierten Leistungsanerkennungen sind aber auch in einer bürgerlichen Gesellschaft Ausdruck einer kulturellen Leistung und nicht selbstverständlich. Wenn diese kulturelle Leistung nicht erbracht wird oder wenn der Wille, sie zu erbringen, nicht besteht, dann nimmt die Leistungsfähigkeit in dem von uns definierten Sinne einer Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Welt ab“.

4. Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß die Einschränkung oder gar Beseitigung des nationalen Monopolspielraums für nationale Wirtschaftspolitik nicht Einschränkung, sondern Verlagerung der staatlichen Aktivität bedeutet und diese Verlagerung sich per saldo und auf Dauer vorteilhaft für die Bevölkerung herausstellt. Das enthebt uns aber nicht der Frage, ob nicht gerade solche ordnungspolitischen Konzepte besser im Rahmen der Europäischen Union oder nur hier zu realisieren sind. Dies ist eine weit verbreitete Ansicht, die auch im SPD-Leitantrag „Verantwortung für Europa“ (30. April 2001) vertreten wird: „Durch die beschleunigte Globalisierung der Weltwirtschaft können viele Probleme nur noch gemeinsam und international gelöst werden. Die SPD-geführte Bundesregierung betreibt deshalb eine globale Ordnungspolitik, die dem Welthandel, dem internationalen Wettbewerb, dem internationalen Finanzsystem und dem globalen Schutz von Umwelt und natürlichen Ressourcen einen international verbindlichen Rahmen setzt“. Es ist offenkundig und auch oft erfahren worden, daß eine in sich geschlossene Europäische Union

wirksamer gemeinsamen Positionen Geltung verschaffen kann als eine nationale Regierung bezüglich ihrer nationalen Interessen.

Damit ist aber die Frage verbunden, was die EU im Kern ist – letztlich also die Frage, für welche Probleme sie zuständig sein soll – und wie wir gemeinsame europäische Interessen definieren. Analysieren wir darauf den Redetext von Leon Brittan, so finden wir darin, wenn Brittan seine allgemeinen Sätze konkretisiert, überraschenderweise Bekenntnisse zu Liberalität nach innen und außen. Brittan verweist darauf, daß die Europäische Union – genauer: Leon Brittan in seiner Eigenschaft als Außenhandelskommissar der EU und damit deren verantwortlicher Unterhändler – die etwas zögerliche US-Administration auf Liberalisierungskurs gebracht und auch gehalten habe. Auch die Liberalisierung der Telekommunikation und des Luftverkehrs sei dem Wirken der EU zuzuschreiben. Wenn man dagegen wie der französische Premierminister Jospin den Freihandel als Spielwiese für international agierende Unternehmen sieht, dann werden nationale Regierungen nicht mit Europa die Chancen der Globalisierung nutzen, sondern sich in Europa vor Globalisierung und weltweitem Wettbewerbsdruck schützen wollen.

Auch ist zweifelhaft, ob auf zentraler Ebene Probleme eher und effizienter als auf nationaler Ebene gelöst werden können. Die Art und Weise, wie Regierungen Probleme bewältigen wollen, ist in der Europäischen Tradition durchaus unterschiedlich. Insofern können Kontroversen überhaupt erst entstehen oder im Kompromißwege Lösungen gefunden werden, die im Zeitverlauf von einigen Mitgliedstaaten wegen der finanziellen Folgelasten abgelehnt werden; daher die Forderung nach Re-Nationalisierung der Agrarpolitik im SPD-Leitantrag unter dem Stichwort „Subsidiarität“, während Jospin darin den Versuch sieht, dem Gemeinschaftsprojekt Europäische Union die Inhalte zu nehmen.

Der entscheidende ordnungspolitische Einwand gegen die Zentralisierung nationaler Entscheidungsfindung in einem supranationalen Verbund hat wiederum Biedenkopf geliefert (2001, S. 26). Es sei außerordentlich gefährlich für Europa, wenn wir in Bereichen, über deren künftige Entwicklung wir relativ wenig wüßten, zentrale Antworten auf der Grundlage gegenwärtiger Kenntnisse gäben: „Karl Popper hat uns geraten, immer dann, wenn wir über entscheidende Zukunftsfragen in der offenen Gesellschaft keine gesicherten Antworten hätten, einen Wettbewerb zu organisieren. Auf diese Weise ermöglichen wir die Entstehung von Alternativen“.

Dieses Argument gewinnt an Gewicht, je mehr Staaten Mitglieder der Europäischen Union sind: Die Interessen werden diffuser, die Problemlösungsansätze divergieren noch stärker und die gefundenen Lösungen werden von den Regierungen und auch von den Bürgern oft als realitätsfern empfunden. Womöglich werden die Gäste, die im mythischen Hellas im Hause des Prokrustes übernachteten und dabei Bekanntschaft mit seinem berühmten Einheitsbett machen mußten, dieses als Himmelbett empfunden haben im Vergleich zu den Einheitslösungen, die 15 Mitgliedsländern und später mehr als 25 Mitgliedern aufgezwungen werden.

Je mehr Mitglieder an der Entscheidungsfindung beteiligt sind und je mehr Probleme zentral gelöst werden, desto weniger können sich Bürger und Regierungen darin wiederfinden und desto weniger können sie den Entscheidungsweg nachvollziehen. Dann wird beklagt, daß die Mitgliedstaaten in diesem Prozeß an politischen Gestaltungsspielräumen verloren hätten, obwohl in vielen Bereichen sachgerechte Entscheidungen besser auf ihrer Ebene getroffen würden (SPD-Leitantrag, S. 12). Darüber hinaus heißt es im SPD-Leitantrag (S. 12): „Dem gegenwärtigen System der Aufgabenverteilung mangelt es an Transparenz und Klarheit. Deshalb ist häufig nicht erkennbar, welche politische Ebene für Entscheidungen verantwortlich ist, die direkt in die Lebenswirklichkeit der Bürger eingreifen. Die Legitimität politischen Handelns auf europäischer Ebene wird damit in Frage gestellt“.

Besinnen wir uns auf das Bild des „sicheren Hafens“ zurück: Die im SPD-Leitantrag thematisierten Fehlentwicklungen sind eine hohe Gebühr, die für den Schutz entrichtet werden muss, daß die Länder sich nicht dem scharfen Wind der Globalisierung ausgesetzt sehen müssen. Wir haben auch gesehen, daß Länder, wenn sie ihre Schiffe ordnungspolitisch umgerüstet haben, den scharfen Wind der Globalisierung als Antrieb für schnellere Fahrt nutzen können.

5. Meine Einführung knüpft an Biedenkopfs Eröffnungsvortrag – „Vom Komplizierten zum Einfachen – Wege zu einer neuen Problemlösungsfähigkeit in Staat und Wirtschaft“ – hier in Innsbruck vor drei Jahren an. Einer seiner Schlüsselsätze lautet: „Deutschland hat nur dann eine Zukunft im hier beschriebenen Sinn, kann nur dann seinen relativen Lebens-

standard und die damit verbundene politische und soziale Stabilität erhalten, wenn wir unsere Gesellschaft intelligenter organisieren“.

Dieser Kongress will es sich zur Aufgabe machen, Prinzipien intelligenter Organisation zu diskutieren, indem wir überlegen, wie wir vom Komplizierten zum Einfachen kommen, wobei mit einfach nicht simpel, sondern komplex gemeint ist. Wenn wir Problemlösungen dezentralisieren und die Bürger zu Akteuren machen, die Problemlösungen nicht bloß in Empfang nehmen und prüfen, wie sie diese am besten für sich nutzen können, sondern indem wir sie an der Erarbeitung von Problemlösungen selbst beteiligen, dann vermeiden wir Verschwendung und schaffen Identifikation von Bürgern, Gesellschaft und Staat. Dann ist die Gesellschaft zwar komplexer geworden, die Problemlösung aber einfacher, weil jetzt die unmittelbar mit Problemen konfrontierten Bürger zur Lösung aufgerufen sind. Wir können auch von „überschaubaren Regelkreisen“ sprechen, die ohne hierarchische Organisation ineinandergreifen und Herausforderungen aus der Globalisierung in Produktivität, Gewinne, Arbeitsplätze und Steuerzahlungen umsetzen.

Morgen Vormittag werden wir diskutieren, wie technische Neuerungen von einzelnen Unternehmenstypen in Innovationsdynamik umgesetzt werden – die Formulierung einer Themenstellung, an der Schöpfer der Figur des „dynamischen Unternehmers“, Joseph Schumpeter, seine helle Freude gehabt hätte.

In den Arbeitskreisen diskutieren wir, ob sich „Old and New Economy auf dem Weg in eine innovative Symbiose? ...“ befinden. Natürlich tun sie das. Unter Symbiose können wir ja auch ein abgestimmtes Miteinander verstehen – in Form von betrieblichen Beziehungen auf vor- und nachgelagerten Stufen. Aber dieses Miteinander steht in seiner endgültigen Form noch nicht fest; gerade jetzt erleben wir ja, wie schmerzhaft sich dieser Prozeß für einzelne Unternehmen und Unternehmer auswirkt, deren Aktienkurse von ca. 200 in die Nähe von 10 abstürzten und deren börsenkapitalisiertes Vermögen von 6,5 Mrd. Euro auf 300 Mio. Euro zusammenschmolz. Wir können uns fragen, ob nicht viele junge Unternehmer wie Ikarus aus Übermut der Sonne zu nahe gekommen sind, den Rat-schlag der Old Economy, gewissermaßen des väterlichen Daedalus, in den Wind geschla-gen haben und nun ihren Übermut mit dem Absturz bezahlen müssen.

Wir sind auf dem Weg in eine neue Symbiose; dieser Prozeß ist aber erst vollzogen, wenn die Exzesse der New Economy ausgestanden sind. Wir sprechen – wiederum mit Schumpeter – von der „schöpferischen Zerstörung“. Wir diskutieren, ob auch gesellschaftliche Institutionen, politische Konzepte, die Willens- und Informationsgesellschaft und schließlich auch die Spielregeln für internationale Finanzmärkte, Geld- und Währungspolitik auf den Prüfstand gehören und was von ihnen den Herausforderungen der Globalisierung standhält.

Wir haben uns heute angewöhnt, von der Wissensgesellschaft zu sprechen: Zu den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital sei als vierter das Wissen hinzugetreten. Zwar war Wissen immer in die Produktionsprozesse integriert, und dieses Wissen wurde streng gehütet, weil es einen Wettbewerbsvorteil darstellte; doch ist wohl niemals so klar gewesen wie heute, daß rohstoffarme Länder wie Deutschland nur einen Faktor haben, der ihnen im internationalen Konkurrenzkampf einen Spitzenplatz sichern kann: Wissen. Daher ist es konsequent, daß sich der Kongress am Schlußtage mit der Generierung von Wissen und dem Wettbewerb um Wissen befaßt. Wenn ich mir einen Vergleich erlauben darf: Unsere Unternehmen werden auf modernste Art und Weise geführt, bei unseren Hochschulen habe ich den Eindruck, daß sich hier seit Wilhelm von Humboldt wenig getan hat. Ob das den Sachverhalt trifft oder das Vor-Urteil eines Insiders darstellt, der wie in Platons Höhlengleichnis nur das ihn unmittelbar Umgebende kennt, wird die Diskussion am Freitag zeigen.

Dank an Kongressleitung

Überleitung zum Vortrag „Lübbe“

Zum Schluß möchte ich eine Formel des Sachverständigenrates – zugleich auch im Namen von Christian Smekal – verwenden: Auch in diesem Jahr war die Zusammenarbeit mit der Hanns Martin Schleyer-Stiftung sehr gut. Wir möchten sogar darüber hinausgehen: Die Zusammenarbeit war ganz ausgezeichnet. In harmonischer Zusammenarbeit sind Gerüst und Programm des Kongresses entstanden. Wir bedanken uns bei Frau Barbara Frenz, die für die glänzende Organisation verantwortlich zeichnet; wir bedanken uns bei Herrn Wolfgang Bruncken, bei dem die persönlichen und konzeptionellen Fäden des Kongresses zusammenlaufen. Ihm und auch Herrn Friedhelm Hilterhaus, der seine immense Erfahrung über die Dramaturgie von Kongressen einbringt, verdanken wir es, wenn auch dieses Mal der IX. Internationale Kongress „Junge Wissenschaft und Wirtschaft“ ein Meilenstein in Ausbildung und Karriere der jungen Wissenschaft sein wird.

Wir danken den Repräsentanten der Hanns Martin Schleyer-Stiftung, Hanns-Eberhard Schleyer, und der Ehlerding-Stiftung, Ingrid Ehlerding, daß sie diesen Kongress möglich gemacht haben.

Ich übergebe nun das Wort an Hermann Lübbe. Wer ihn kennt, weiß, daß wir uns nun auf einen brillanten und erhellenden Vortrag freuen können. Vielleicht zeigt er uns, wie die Globalisierung, die er als einen Vorgang des Vernetzens und Vernetztseins versteht, eine Zivilisationsdynamik, also eine Beschleunigung der zivilisatorischen Evolution, auslöst. Womöglich zeigt er uns auch, daß Innovationen im Erdreich der Traditionen wurzeln.